1. Wann liegt Auspielung (§ 286 Abs. 2 StGB.) mit verstecktem Einfaß vor?

III. Straffenat. Ur. v. 10. Februar 1930 g. St. III 1127/29.

I. Schöffengericht Effen.

II. Landgericht Bochum.

Der Angeklagte, ein Kabarettbesitzer, hat nach vorheriger Ausschreibung in der Zeitung ohne Erhöhung des Eintrittspreises an mehreren Abenden unter seinen Gästen je ein Abendkleid verlost. Das Landgericht hat ihn von der Anklage aus § 286 Abs. 2 StGB. freigesprochen. Das Urteil wurde aufgehoben aus folgenden

Gründen:

Für die Entscheidung der Frage, ob eine Auspielung im Sinne des § 286 StGB. vorliegt, kommt es darauf an, ob der Angeklagte die Verlosung der Kleider entgeltlich oder unentgeltlich angeboten hat, und wie das Angebot vom Publikum aufgefaßt worden ist, ob also mit den Gästen ein entgeltlicher Vertrag abgeschlossen worden ist. Daß die Besucher die Zeitungsanzeige so aufgefaßt haben, daß sie mit Zahlung von 2 RM. nicht bloß den Eintritt, sondern auch die Möglichkeit, ein Abendkleid zu gewinnen, erworben haben, hat das Landgericht nicht erörtert, aber wohl als selbstverständlich angesehen. Auf der Seite des Angeklagten stellt das Landgericht fest, er habe die Verlosung der Abendkleider veranstaltet, um dadurch seinen Kundenkreis zu vergrößern. Das Landgericht geht also davon aus, daß der Angeklagte damit rechnete — ob mit Recht oder Unrecht, ist gleichgültig —, sein Angebot werde den Erfolg haben, mehr Gäste anzuziehen, und damit würden sein Umsatz und sein Gewinn sich steigern. Je größer der Besuch ist, desto größer ist der Gewinn aus den Getränken, und desto geringer kann der Eintrittspreis bemessen werden.

Wenn nun der Angeklagte den Eintrittspreis, statt ihn herabzusetzen, trotz der erwarteten größeren Besucherzahl in der bisherigen Höhe aufrechterhielt, so war er sich bewußt, daß mit diesem Preis auch die Aufwendung mitbezahlt werde, die seiner Meinung nach die Erhöhung der Besucherzahl zur Folge haben sollte, daß er also mit den 2 RM. nicht bloß den Eintritt, sondern auch die Kosten der Auspielung sich bezahlen lasse. Tatsächlich bildete dann der sog. Eintrittspreis neben dem Preis für den Eintritt auch den Einsatz für die außerdem versprochene Gewinnhoffnung.

Was das Landgericht weiter ausführt, ist nicht geeignet, diese Schlußfolgerung zu widerlegen. Denn wenn der Beschwerdeführer sich die Auspielung mit dem Eintrittspreise mitbezahlen lassen wollte, so war die Veranstaltung eine entgeltliche Verlosung, gleichgültig wie groß die Summe war, die der Beschwerdeführer in seinem Voranschlag für Sonderveranstaltungen und Werbezwecke vorgesehen hatte. Wenn es auf die Höhe der Werbekosten überhaupt ankommt, so können die vom Landgericht für glaubhaft erachteten Angaben des Angeklagten, daß er für die durch die Auspielung gemachte Werbung weniger Zeitungsreklame gemacht habe, nur als weiteres Beweiszeichen dafür angesehen werden, daß der Angeklagte sich der Entgeltlichkeit seines Angebots bewußt war.